

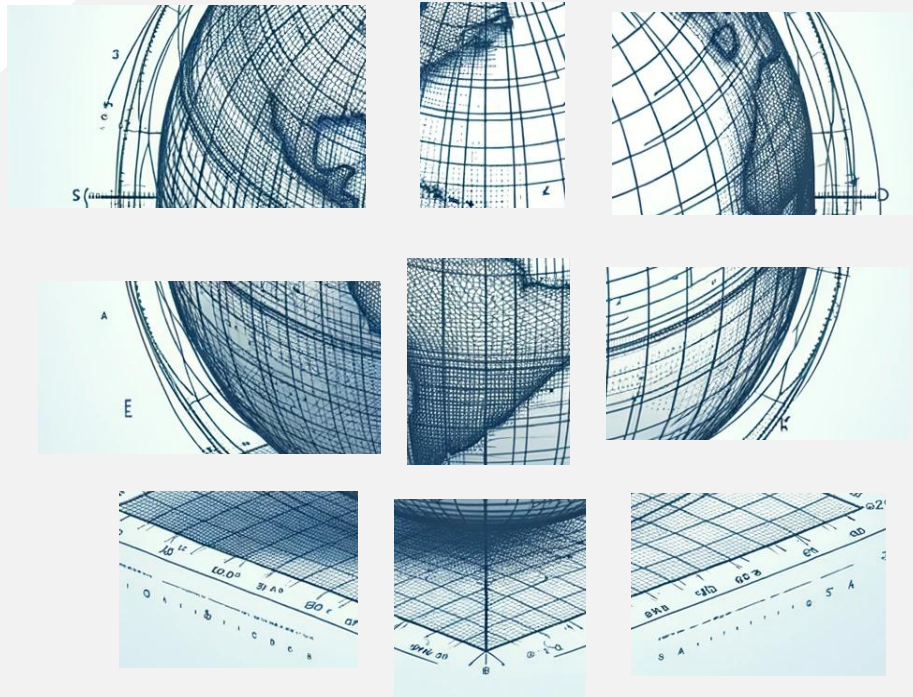
Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e. V. (KFIBS)

– Analyse –

Die Rückkehr der Idee einer französischen Nuklearabschreckung für Europa

Diskursive Verortung, geopolitische
Determinanten und Diskussion

Autor: Anton Hahn



KFIBS-Analyse

KFIBS-Forschungsgruppe

„Sicherheitspolitik/Sicherheitsforschung“

Nr. 4(1)

März 2026

KFIBS-Analysen bieten aufschlussreiche Beschreibungen historischer und aktueller politischer Entwicklungen. Die Beiträge zielen darauf ab, die jüngsten politischen Ereignisse darzustellen und zu erklären, einschlägige Forschungsergebnisse zusammenzufassen und Hypothesen zu zukünftigen politischen Trends und Ergebnissen aufzustellen. **KFIBS-Analysen** fördern die Diskussion und sollen so zu den laufenden Debatten im akademischen Bereich und in der breiten öffentlichen Diskussion beitragen.

Die Rückkehr der Idee einer französischen Nuklearabschreckung für Europa

Diskursive Verortung, geopolitische Determinanten und Diskussion

Autor: Anton Hahn

Stellvertretender Redaktionsleiter des KFIBS e. V. sowie Mitglied und Autor der KFIBS-Forschungsgruppe „Sicherheitspolitik/Sicherheitsforschung“

E-Mail: anton.hahn@kfibs.org

Zusammenfassung

Diese KFIBS-Analyse befasst sich mit den Chancen und Herausforderungen einer französisch geführten Nuklearabschreckung für Europa. Dabei wird deutlich, dass sowohl aktuelle Debatten zu diesem Thema als auch vorige und mitunter bereits seit den 1960er-Jahren geführte Diskussionen in einem Vertrauensverlust in die euroatlantischen Beziehungen begründet sind. Nun aber, vor dem Hintergrund der russischen Aggression in der Ukraine und darüber hinaus, erfährt dieses Thema eine neue Dringlichkeit. Dies spiegelt sich nicht nur in der Bereitschaft von Bundeskanzler Friedrich Merz wider, mit Frankreich die Möglichkeiten einer nuklearen Rückversicherung zu sondieren, sondern auch in den jüngsten kernwaffenbezogenen europäischen Entwicklungen, wie etwa die neuerliche Verlegung US-amerikanischer Atomwaffen nach Großbritannien. Angesichts dieser dynamischen Vorgänge diskutiert der vorliegende Beitrag mögliche Vorteile einer französischen Vorreiterrolle, wie diejenige eines genuinen Absicherungsmechanismus gegenüber der erodierenden euroatlantischen Sicherheit oder diejenige eines – je nach Betrachtungswinkel – durchaus angemessenen Kernwaffenarsenals. Umgekehrt bleibt unklar, wie eine deutsch-französische oder eine multilaterale Lösung operationalisiert werden soll, und das sowohl mit Blick auf politische Einsatzautorität und Kommandoketten als auch mit Blick auf die Integration von unterschiedlichen Verbringungsplattformen. Nicht zuletzt steht hinter alledem für die deutsche Regierung auch die Frage, ob sie mit einem solchen Schritt tatsächlich das westliche Verteidigungsbündnis – zumindest teilweise – entmachten möchte, wenn die NATO und die USA als Verbündete „too good to fail“ sind. In jedem Fall verdeutlicht die stetige Wiederkehr dieser Idee, dass es sich mitnichten um eine Nischendebatte handelt, sondern sie vielmehr das Symptom der europäischen Strategiefähigkeit und euroatlantischer Triebkräfte ist.

Die Rückkehr der Idee einer französischen Nuklearabschreckung für Europa

Diskursive Verortung, geopolitische Determinanten und Diskussion

Anton Hahn

1. Einleitung

Mit der Wiederwahl Donald J. Trumps im Januar 2025 und der damit einhergehenden US-amerikanischen Abkehr von Europa geht erneut die europäische Sorge über eine mangelnde Bündnistreue der Vereinigten Staaten um. Diese Sorge ist mit Blick auf die erste Amtszeit Trumps keineswegs neu, dennoch ist sie vor dem Hintergrund der russischen Aggression in der Ukraine brisanter denn je. Eine Folge der hieraus erwachsenden sicherheitspolitischen Lage war im Frühjahr 2025 sodann, wie Europa eine eigene nukleare Abschreckung etablieren kann, sollten die USA eines Tages tatsächlich ihre Beistandsbereitschaft aufkündigen. Dabei ist diese Idee nicht neu, sondern schließt unmittelbar an jene Debatte an, die es bereits im Jahr 2020 im Zuge des Angebots des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zu einem „strategischen Dialog“¹ über eine europäische Abschreckung mithilfe französischer Kernwaffen gab. Angesichts dieser scheinbaren Redundanzen soll im Folgenden die Debatte um eine französisch geführte Nuklearabschreckung für Europa und ihre übergeordneten Diskursstränge geordnet und anschließend kritisch diskutiert werden.

2. Zur Vorgeschichte

Die Idee einer rein europäischen Nuklearabschreckung geht zurück bis in die 1960er-Jahre. Seinerzeit versuchten die europäischen Staaten, mehr Einfluss in der NATO zu erlangen und erwogen deshalb, eine rein kontinentale und multinationale nukleare Abschreckung zu etablieren. Auch in den 1990er-Jahren, nach dem Vertrag von Maastricht, erklärte sich Frankreich zu Gesprächen darüber bereit, wie eine potenzielle nukleare Abschreckung ausgestaltet werden könnte. Ebenso reiht sich das Angebot des früheren französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, Deutschland eine Teilhabe an den französischen Kernwaffen zu ermöglichen, in diese Tradition nahtlos ein. Der damalige deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier lehnte jedoch den Vorschlag mit Verweis auf den Atomwaffensperrvertrag ab.² Zuletzt machte der amtierende französische Präsident Emmanuel Macron im Jahr 2020 auf sich aufmerksam, als er seinen europäischen Partnern einen „strategischen Dialog“ über die Rolle von Frankreichs Atomstreitkräften in Europa vorschlug. Das Angebot wurde auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2020, 2023 und 2024 wiederholt.³ Zwischen den hier genannten Ereignissen und auch seit

¹ Élysée: Speech of the President of the Republic on the Defense and Deterrence Strategy, S. 10, 7. Februar 2020, <https://www.elysee.fr/front/pdf/elysee-module-15162-en.pdf> (21.07.2025).

² Vgl. SPIEGEL: Überraschender Vorstoß. Sarkozy bot Deutschland Atomwaffen an, 15. September 2007, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ueberraschender-vorstoss-sarkozy-bot-deutschland-atomwaffen-an-a-505887.html> (21.07.2025); vgl. Tertrais, Bruno: Will Europe Get Its Own Bomb?, S. 47, in: The Washington Quarterly, 42 (2), 2019, S. 47-66.

³ Vgl. Élysée 2020; vgl. Spiegel: Atomare Abschreckung in der EU? Baerbock reagiert zurückhaltend, 20. Februar 2023, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/annalena-baerbock-aeussert-sich-zurueckhaltend-zu-macron-vorschlag-fuer-atomare-abschreckung-a-078e1d0e-1904-451f-b081-496a05de5273> (22.07.2025).

Macrons Angebot gab es sowohl vonseiten aktiver Politikerinnen und Politiker als auch von anderen hohen Beamtinnen und Beamten immer wieder Anspielungen auf eine erneute Sondierung dieses Themas.⁴

Die Frage einer etwaig gearteten und französisch geführten Nuklearabschreckung für Europa ordnete sich stets in übergeordnet geführte geopolitische Diskurse ein. So wurde sie nur allzu häufig entlang der Gräben von Verfechter-Gruppen, wie z. B. den „Transatlantikern“ (*Atlanticists*) oder den „Europäern“ (*Europeanists*) mit ihren jeweiligen Institutionen (NATO und EU), verhandelt.⁵ Entsprechend wenig verwunderlich ist es sodann auch, dass die breitere geostrategische Dimension der dahinterstehenden Fragen zumeist nur implizit anhand möglicher Implementierungsszenarien, wie etwa einer Integration des französischen Arsenal in die EU oder NATO⁶, eines Modells ähnlich der „nuklearen Teilhabe“ der NATO, einer finanziellen Beteiligung an den französischen Nuklearwaffen auf bilateraler Basis oder des Baus einer eigenen deutschen Atombombe, angegangen werden.⁷

3. Der fehlgeschlagene „strategische Dialog“ von 2020

Wie bereits angedeutet, bot Präsident Emmanuel Macron vor sechs Jahren seinen Partnern einen strategischen Dialog über die Rolle der französischen Nuklearwaffen in Europa an. Dieser Vorstoß reihte sich in eine Phase ein, in welcher der Zustand der transatlantischen Beziehungen bedingt durch das politische Handeln von US-Präsident Donald Trump fragil, die Sicherheitszusagen wegen des 2012 von den USA angestrebten sogenannten *Pivot to Asia* („Schwenk gen Asien“) vage - und die normative Kraft Europas angesichts des Erstarkens revisionistischer Staaten wie China, Russland und Nordkorea bedroht schien.⁸

Macron richtete dieses Dialogangebot an andere Europäer, um seinem Wunsch nach mehr strategischer Autonomie Europas – im Sinne einer französischen außenpolitischen Handlungsmaxime – auf diese Weise Ausdruck zu verleihen. Sein Verständnis von Autonomie war und ist darauf ausgerichtet, mehr europäische Handlungskapazitäten in einer politisch dynamischen Umwelt zu ermöglichen und weniger, wie er selbst betonte, um eine größere Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten von Amerika zu erlangen.⁹ So würde auch die NATO, wengleich er dieser noch im November 2019 den politischen und *nicht* den militärischen¹⁰ „Hirntod“

⁴ Vgl. Schuller, Konrad: Frankreich erneuert das Angebot, mit der EU über Atomwaffen zu reden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Januar 2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/frankreich-erneuert-das-angebot-mit-der-eu-ueber-atomwaffen-zu-reden-17731897.html> (21.07.2025). Hinweis: Für einen detaillierten Einblick in die Geschichte der Vergemeinschaftung des französischen Arsenal siehe unter: <https://www.tandfonline.com/doi/epdf/10.1080/09662839.2020.1855147?needAccess=true> (21.07.2025), S. 239 ff.

⁵ Eine ähnliche Argumentation findet sich bei Tertrais 2019, S. 47.

⁶ Frankreich ist *nicht* Mitglied der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (abgekürzt: NPG).

⁷ Vgl. Meier 2020.

⁸ Vgl. Kempin, Ronja/Overhaus, Marco: Frankreichs nukleare Abschreckung im Dienst Europas – Eine deutsche Antwort, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), kurz gesagt, 7. Februar 2020, <https://www.swp-berlin.org/publikation/frankreichs-nukleare-abschreckung-im-dienst-europas-eine-deutsche-antwort> (21.07.2025); vgl. Major, Claudia: France's Security and Defence Policy under President Macron – Pragmatic, Ambitious, Disruptive, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), in: Kempin, Ronja (ed.), France's Foreign and Security Policy under President Macron: The Consequences for Franco-German Cooperation, SWP Research Paper 4, May 2021, Berlin, S. 10-14 (11), https://www.swp-berlin.org/publications/products/research_papers/2021RP04_PolicyUnderMacron_DASEP.pdf (21.07.2025).

⁹ Vgl. Major 2021, S. 11; vgl. Järvenpää, Pauli/Major, Claudia/Sakkov, Sven: European Strategic Autonomy. Operationalising a Buzzword, International Centre for Defence and Security, Tallinn, October 2019, Report, S. 1-28 (10), https://icds.ee/wp-content/uploads/2019/10/ICDS_Report_European_Strategic_Autonomy_Järvenpää_Major_Sakkov_October_2019.pdf (13.03.2026).

¹⁰ Vgl. Major 2021, S. 14.

attestierten,¹¹ die europäische Sicherheit stärken.¹² Für Emmanuel Macron stellten die NATO und eine europäische Verteidigungsordnung jeweils ein Element dar, das zur allgemeinen Sicherheit und Stabilität in Europa beiträgt. Insofern wäre ein europäischer Nuklearschirm, als Bestandteil einer breiteren europäischen Autonomie, nach Macrons Vorstellung ein Beitrag, der parallel und nicht entgegen der transatlantischen Abschreckung eingebracht werden würde.¹³

Der Impuls zu einem strategischen Dialog resultierte also aus der Idee, mithilfe französischer Kernwaffen die europäische Souveränität zu stärken. Gleichzeitig basierte der Vorstoß auch auf der Wahrnehmung der eigenen Abschreckungswirkung. Denn obwohl die französische *Force de Frappe*, sprich die Atomstreitmacht Frankreichs, primär die nationalen Interessen des Landes gewährleisten soll, hätten – laut Macron – Frankreichs Sicherheitsinteressen zusätzlich auch eine europäische Dimension. Damit seien die französische und europäische Sicherheit miteinander verschränkt. Frankreich würde außerdem mit der Abschreckungswirkung seines nuklearen Arsenal zur regionalen Stabilität und Sicherheit auf dem europäischen Kontinent substantiell beitragen.¹⁴

Die damalige deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer erklärte sich zu einem strategischen Dialog über die Rolle von Nuklearwaffen in Europa bereit, machte aber deutlich, dass die USA und die NATO in Fragen nuklearer Abschreckung unabdingbar seien und daher nicht zur Disposition stünden.¹⁵ In einem späteren Gastbeitrag von Kramp-Karrenbauer in der Zeitschrift POLITICO hebt sie die Unvereinbarkeit von europäischer Autonomie und transatlantischer Sicherheit hervor und erteilt der größeren Debatte über eine solche Autonomie damit eine deutliche Absage.¹⁶ Dahinter stand die deutsche Sorge, dass etwaige europäische Anstrengungen in Richtung einer sicherheitspolitischen Autonomie das bereits angeschlagene transatlantische Verhältnis weiter beschädigen könnten – auch dann, wenn es von europäischer Seite explizit nicht als Konkurrenzmodell zur NATO konzipiert worden wäre.

4. Determinanten

Heute, mehr als fünf Jahre später, scheinen die transatlantischen Beziehungen erneut vor einer großen Ungewissheit zu stehen. Dies ist angesichts des russischen Gefahrenpotenzials für Europa, das sich spätestens mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine am 24. Februar 2022 offenbarte, umso brisanter.

Das russische Streben nach Wiederherstellung der sowjetischen Einflussphäre mithilfe von historischem Revisionismus und damit einhergehend der Negierung staatlicher und territorialer Souveränität osteuropäischer

¹¹ Vgl. Deutsche Welle: Macron bescheinigt der NATO den „Hirntod“, dies., 7. November 2019, <https://www.dw.com/de/macron-bescheinigt-der-nato-den-hirntod/a-51154416> (21.07.2025).

¹² Vgl. Major 2021, S. 12.

¹³ Vgl. Élysée 2020, S. 8.

¹⁴ Vgl. ebd. In der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ Frankreichs wurde dieser Aspekt erneut hervorgehoben, vgl. Secrétariat général de la défense et de la sécurité nationale: National strategic review 2022, dies., Paris 2022, S. 33, <https://www.sgdsn.gouv.fr/files/files/ms-uk-20221202.pdf> (21.07.2025).

¹⁵ Vgl. Berghofer, Julia: Breaking the taboo: why it is so hard to lead a strategic nuclear dialogue with Germany. Fondation pour la Recherche Stratégique, Note n°29/20, April 27, 2020, S. 2, <https://frstrategie.org/sites/default/files/documents/publications/notes/2020/202029.pdf> (21.07.2025).

¹⁶ Vgl. RedaktionsNetzwerk Deutschland: „Fehlinterpretation der Geschichte“: Macron kritisiert AKK, dies., 16. November 2020, <https://www.rnd.de/politik/macron-kritisiert-akk-diese-bezeichnet-unabhaengigkeit-europas-von-den-usa-als-illusion-RNAH2Q5DFLBACSMULLPK6VTHUY.html> (21.07.2025).

Staaten kulminierte spätestens mit der russischen Völlinvasion in der Ukraine von 2022. Allerdings verdeutlichte diese ebenfalls, dass es im Kalkül des Kremls durchaus opportun ist, diese politische Aggressivität, allen negativen Konsequenzen zum Trotz, mit massivstem militärischen Gewalteinsetz durchzusetzen. Dabei ist die Eskalationsbereitschaft offenbar nicht nur auf die Ukraine oder auf andere Staaten der Region beschränkt, die ihre Sicherheit nicht kollektiviert haben, wie z. B. im Fall von Moldawien und Georgien. Vielmehr werden die zahlreichen Drohungen und Versuche der Delegitimierung des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit aggressiver Rhetorik, flankiert von hybriden Angriffen, an osteuropäische NATO-Mitgliedstaaten wie Polen und das Baltikum herangetragen. Auch wenn es bislang noch zu keiner militärischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der NATO gekommen ist, so avanciert Russland jedoch mit seiner Aggressivität und Risikobereitschaft über den Krieg in der Ukraine hinaus zu einer kaum berechenbaren Gefahr für die Sicherheit Europas und letztlich auch für das transatlantische Bündnis.¹⁷ Als Indiz für die Dringlichkeit dieser Bedrohung können die zahlreichen alarmierenden Rufe von nationalen Amtsträgern und Einrichtungen in Deutschland verstanden werden, die zunehmend lauter auf die potenzielle Gefahr eines möglichen russischen Angriffs auf NATO-Territorium gegen Ende dieses Jahrzehnts hinweisen.¹⁸

Die zuvor beschriebene expansionistische Haltung Russlands wurde wiederholt von nuklearen Drohungen in Richtung europäischer Staaten und NATO begleitet.¹⁹ Der Versuch Putins, einen konventionell geführten Krieg nach außen durch nukleare Drohungen abzuschirmen, rief gemeinsam mit der ohnehin schon sehr angespannten geopolitischen Situation ein neues Abschreckungsbedürfnis aufseiten des transatlantischen Bündnisses hervor, das sich bislang weitestgehend in konventioneller Aufrüstung und Planung niederschlug.²⁰ Verstärkt wird dieses Abschreckungsbedürfnis noch durch eine bereits stattfindende aggressive hybride Kampagne, die Elemente wie Sabotage, Desinformation, Cyberattacken oder Spionage gezielt einsetzt, um den politischen Zusammenhalt in der NATO auf die Probe zu stellen und die europäische Abwehrbereitschaft zu testen.²¹ Auch die Probleme bei der Herstellung initialer konventioneller Überlegenheit in Bezug auf Aufwuchs- und Durchhaltefähigkeit, Truppenverlegbarkeit und Nachschub – im Falle eines größeren konventionellen Angriffs an der Ostflanke – sind hierbei ein weiterer treibender Faktor.²² Im Angesicht dieser kapazitären Lücken beschloss die NATO,

¹⁷ Vgl. Mölling, Christian/Schütz, Torben: Den nächsten Krieg verhindern. Deutschland und die NATO stehen im Wettlauf mit der Zeit, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. (DGAP), DGAP *Policy Brief*, Nr. 32, November 2023, S. 1 ff., https://dgap.org/system/files/article_pdfs/DGAP%20Policy%20Brief%20Nr-32_November-2023_11S_2.pdf (21.07.2025).

¹⁸ Vgl. ntv: In „fünf bis acht Jahren“. Pistorius warnt vor russischem Angriff auf NATO, dies., 19. Januar 2024, <https://www.ntv.de/politik/Pistorius-warnt-vor-russischem-Angriff-auf-NATO-article24673573.html> (21.07.2025); vgl. zdfheute: „Russischer Machthunger“. BND hält Angriff Putins auf Nato für möglich, dies., 26. Januar 2024, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/putin-nato-angriff-bundesnachrichtendienst-ukraine-krieg-russland-100.html> (21.07.2025).

¹⁹ Vgl. exemplarisch: Gollom, Mark: Putin implies nuclear attack if West interferes in Ukraine. Why it's not just an empty threat, CBC News, 25. Februar 2022, <https://www.cbc.ca/news/world/putin-ukraine-nato-nuclear-weapons-1.6362890> (21.07.2025).

²⁰ Siehe beispielhaft hierfür Statistiken zur gesteigerten Beschaffung und zu verteidigungspolitischen Finanzausgaben in der EU: https://eda.europa.eu/docs/default-source/brochures/2022-eda_defencedata_web.pdf (21.07.2025).

²¹ Vgl. Edwards, Charlie/Seidenstein, Nate: The Scale of Russian Sabotage Operations Against Europe's Critical Infrastructure, IISS, Report, August 2025, <https://www.iiss.org/globalassets/media-library---content--migration/files/research-papers/2025/08/pub25-095-the-scale-of-russian-sabotage-operations.pdf> (18.02.2026).

²² Vgl. Barry, Ben et al.: The Future of NATO's European Land Forces: Plans, Challenges, Prospects. International Institute for Strategic Studies (IISS), Juni 2023, S. 1-41 (13), <https://www.iiss.org/globalassets/media-library---content--migration/files/research-papers/2023/06/iiss-the-future-of-natos-european-land-forces-june-2023.pdf> (21.07.2025); vgl. Chang, Felix K.: NATO's Baltic Defense Challenge. Foreign Policy Research Institute (FPRI), 7. Juni 2017, <https://www.fpri.org/2017/06/natos-baltic-defense-challenge/#:~:text=NATO%E2%80%99s%20Baltic%20Defense%20Challenge%201%20Lay%20oF%20the...%203%20Conflict%20Escalation%20...%204%20Conclusion%20> (21.07.2025); vgl. Kepe, Marta: From Forward Presence to Forward Defense: NATO's

basierend auf den 2023 verabschiedeten Verteidigungsplänen, Anfang Juni 2025 neue Fähigkeitsziele. Diese sehen über alle Fähigkeitsbereiche im Durchschnitt einen Aufwuchs von etwa 30 Prozent im Vergleich zu den letzten Zielvorgaben von 2021 vor.²³ Die NATO-Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, diese Ziele bis zum Jahr 2035 zu erreichen. Dennoch bleibt unklar, ob die sich nur sukzessive aufbauende Schlagkraft europäischer Streitkräfte tatsächlich ausreicht, um sich gegen Russland in einem Hochintensitätskonflikt an der NATO-Ostflanke durchzusetzen oder um den Kreml gar von einem neuen Konflikt abzuschrecken.²⁴ Diese Faktoren könnten eine Überarbeitung der nuklearen Abschreckung der NATO in naher Zukunft erforderlich machen (erste Indikatoren sind hierzu bereits erkennbar, siehe dazu das folgende Kapitel).

Zu dieser Gesamtlage kommt nun noch die zweite Präsidentschaft Donald Trumps hinzu. Insbesondere für die Sicherheitskooperation in der NATO bedeutete dessen Wiederwahl, dass die USA als größter Fähigkeitssteller zu einem transaktionalen Verständnis von der Atlantischen Allianz zurückkehren – eines, in dem die durch die NATO gewährte Sicherheit keine Selbstverständlichkeit mehr ist, sondern sich durch eine verbesserte Lastenteilung unter den Mitgliedstaaten für die Vereinigten Staaten lohnen müsse.²⁵ Aussagen wie solche, dass die NATO „obsolet“²⁶ sei oder die wiederholte Drohung, aus der NATO auszutreten, wurden bereits in Trumps erster Amtszeit getätigt. Sie stellten sowohl die US-amerikanische Verbindlichkeit als auch die Glaubwürdigkeit der NATO insgesamt infrage.²⁷ Die Aussage des republikanischen Präsidentschaftskandidaten vom Februar 2024, „säumige Mitgliedstaaten“ nicht mehr schützen zu wollen und die Ermutigung Russlands, „zu tun, was auch immer zur Hölle sie wollen“,²⁸ war dann ein erneuter Weckruf für Europa und ein Vorgeschmack auf den anstehenden außenpolitischen Kurswechsel in Washington.

Nach Donald Trumps Inauguration am 20. Januar 2025 in der US-Hauptstadt bestätigte sich der wiederkehrende Transaktionalismus, bei dem erneut die NATO-Mitgliedstaaten und auch die US-amerikanische Beistandsbereitschaft in finanziellen Beiträgen gemessen werden. So überrascht es auch nicht, dass die bevorstehenden US-Truppenabzüge aus Europa bilateral mit den NATO-Staaten verhandelt werden, basierend auf ihren Beiträgen zur Allianz, wie eine Aussage des polnischen Verteidigungsministers Władysław Kosiniak-Kamysz vermuten lässt, der angab, aufgrund der hohen polnischen Verteidigungsausgaben am wenigsten von der Truppenreduktion betroffen zu sein.²⁹ Zudem führt Trumps Drängen auf eine schnelle Beendigung des Krieges

Defense of the Baltics, Commentary, RAND Corporation, 14. Februar 2024, <https://www.rand.org/pubs/commentary/2024/02/from-forward-presence-to-forward-defense-natos-defense.html> (21.07.2025).

²³ Vgl. Ruitenberg, Rudy: NATO to ask allies for 30% capability boost, top commander says, 14. März 2025, <https://www.defensenews.com/global/europe/2025/03/14/nato-to-ask-allies-for-30-capability-boost-top-commander-says/> (07.12.2025).

²⁴ Vgl. Castilla, Juan C.: Burden sharing: real solidarity or arbitrary mathematics in NATO and the EU?, Elcano Royal Institute, 30. Juli 2025, <https://www.realinstitutoelcano.org/en/analyses/burden-sharing-real-solidarity-or-arbitrary-mathematics-in-nato-and-the-eu/> (21.07.2025).

²⁵ Vgl. Braml, Josef: Trumps transaktionaler Transatlantizismus, in: Jäger, Thomas (Hrsg.): Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZfAS), 11 (4), 2018, S. 439-448.

²⁶ Vgl. SPIEGEL: Künftiger US-Präsident. Trump nennt Nato „obsolet“, dies., 16. Januar 2017, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trump-nennt-nato-obsolet-a-1130088.html> (21.07.2025).

²⁷ Vgl. Meiritz, Annett/Riedel, Donata/Brüggmann, Mathias: Militärallianz. Trump lässt die Nato zittern – und feiert sich im Anschluss selbst, in: Handelsblatt, 12. Juli 2018, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/militaerallianz-trump-laesst-die-nato-zittern-und-feiert-sich-im-anschluss-selbst/22793710.html> (21.07.2025).

²⁸ Tagesschau: Verteidigung gegen Russland. Trump will säumige NATO-Staaten nicht schützen, dies., 11. Februar 2024, <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/trump-nato-russland-100.html> (21.07.2025).

²⁹ Vgl. Reuters: Poland last on list for US troop cuts in Europe, Polish defence ministry says, dies., 31. Juli 2025, <https://www.reuters.com/business/finance/poland-last-list-us-troop-cuts-europe-polish-defence-ministry-says-2025-07-31/>

in der Ukraine und der damit einhergehenden Bereitschaft für Zugeständnisse an den Kreml zu einem Ende der uneingeschränkten Solidarität mit der Ukraine. Dieser Bruch mit der bisherigen Ukraine-Politik hatte seit jeher auch zwangsläufig weitreichende Interessenkonflikte zwischen Europa und den USA zur Folge.³⁰

Obgleich besonders ganz zu Beginn der zweiten Amtszeit Trumps Spekulationen aufkamen, wonach die USA erwogen, aus der NATO auszutreten, war der neue US-Kriegsminister Pete Hegseth darum bemüht, den Alliierten zu erklären, dass die Vereinigten Staaten zwar zu ihren Bündnispflichten stünden, jedoch machte er gegenüber diesen auch klar: „Don't Look to America for Leadership.“³¹

In diese sicherheitspolitischen Umwälzungen und auch Widersprüche ordnet sich auch die Rede von US-Vizepräsident JD Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2025 ein. Vance kritisierte darin die liberal regierten westeuropäischen Demokratien dafür, dass sie sich zunehmend von ihren Grundwerten entfernen, wenn sie die Meinungsfreiheit beschränken und Migration weiterhin dulden würden. Die Rede markierte eine Abkehr von der transatlantischen Wertegemeinschaft, definierte das US-amerikanische Demokratieverständnis neu und griff gleichzeitig die politische Legitimität der (west-)europäischen Regierungen an.³²

Die sich verändernde Rolle der USA in den euroatlantischen Beziehungen und insbesondere die damit einhergehende Neubewertung Russlands und der NATO hatten zur Folge, dass dadurch die Abschreckungsglaubwürdigkeit sowohl der europäischen Staaten als auch der NATO unterminiert worden ist.³³ Bemerkenswert in diesem Kontext ist, dass die geopolitischen Veränderungen erst jetzt hohe Wellen schlagen – und das, obwohl diese Umbrüche angesichts der ersten Amtszeit Trumps (2017-2021) und der vielen Debatten, die bereits während der US-Präsidentschaftswahl 2024 stattfanden, für Europa durchaus vorhersehbar waren.

Insofern kristallisieren sich drei übergeordnete Gedankenstränge in der gegenwärtigen und mitunter diffus geführten Debatte um eine nukleare Abschreckung Europas mithilfe französischer Atomwaffen: eine möglicherweise ohnehin anstehende Evaluierung des europäischen und transatlantischen Nuklearpotenzials, die schwindende Hoffnung auf die USA als ein zuverlässiger Sicherheitspartner und die europäische Bedrohungswahrnehmung Russlands.

(19.02.2026); Reuters: US to start European troop withdrawal discussions later this year, US NATO ambassador says, dies., 16. Mai 2025, <https://www.reuters.com/world/us-start-european-troop-withdrawal-discussions-later-this-year-us-nato-2025-05-16/> (19.02.2026).

³⁰ Vgl. beispielhaft: The Economist: Nerves are fraying ahead of the Trump-Putin summit, dies., 12.08.2025, <https://www.economist.com/europe/2025/08/12/nerves-are-fraying-ahead-of-the-trump-putin-summit> (19.02.2026).

³¹ The Bulwark: Hegseth to Europe: Don't Look to America for Leadership, dies., 14.02.2025, <https://www.thebulwark.com/p/hegseth-to-europe-dont-look-to-america-for-leadership-ukraine-russia> (19.02.2026).

³² Vgl. Blog der Republik: Die Rede von J.D. Vance in München [dt. übersetzt], dies., 14.02.2025, <https://www.blog-der-republik.de/wp-content/uploads/2025/02/2250215-Rede-von-J.D.-Vance-in-Muenchen.pdf> (19.02.2026).

³³ Vgl. Brössler, Daniel/Richter, Nicolas: Abschreckung. Muss Deutschland Atommacht werden?, in: Süddeutsche Zeitung, 14. Februar 2024, <https://www.sueddeutsche.de/politik/atomwaffen-europaeische-verteidigung-deutschland-frankreich-usa-grossbritannien-nato-1.6346222?reduced=true> (21.07.2025).

5. Jüngste Entwicklungen in der europäischen Nuklearabschreckung

Besonders im Bereich der nuklearen Abschreckung sind die ersten Anzeichen dieses Wandels in Europa bereits erkennbar.

Allem voran ist die am 10. Juli 2025 vereinbarte „Northwood-Erklärung“ zwischen Großbritannien und Frankreich zu erwähnen. Die gemeinsame Erklärung ist nicht nur eine Bekräftigung der gemeinsamen Sicherheitsinteressen in Europa, sondern legt auch explizit fest, dass jene Interessen so miteinander verschränkt sind, „that there is no extreme threat to Europe that would not prompt a response by our two nations“.³⁴ Auch wenn die öffentliche Erklärung zum Ausdruck bringt, dass die beiderseitigen Nuklearstreitkräfte (und Einsatzentscheidungen) nach wie vor unabhängig voneinander sind, so ist diese strategische Festlegung auch ein Zeichen der Geschlossenheit gegenüber Moskau und Washington. Über diese Aspekte hinaus soll auch eine Steuerungsgruppe zwischen dem britischen Ministerkabinett und dem französischen Präsidialbüro entstehen. Sie soll vor allem Koordinierungsunterstützung leisten, und das nicht nur bei der gemeinsamen Ausgestaltung der Nuklearabschreckung, sondern auch die militärischen Fähigkeiten, wie z. B. Raketensysteme und andere Verbringungsmöglichkeiten, sowie die operativen Elemente harmonisieren. Damit könnte eine Institution geschaffen werden, die zukünftig gemeinsame Waffenplattformen entwickelt, gemeinsame Übungen und Patrouillen abhält und womöglich auch „Vergeltungsplanungen“ miteinander abstimmt.³⁵ Die sogenannte *Northwood Declaration* avanciert auf diese Weise auch zu einem Bindemittel, das die Hürden der Nichtmitgliedschaft Frankreichs in der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO zu überwinden versucht, um so eine nukleare Rückversicherung Europas sicherzustellen.

Die *U.S. Air Force* hat ferner, wie am 21. Juli 2025 bekannt geworden ist, damit begonnen, nukleare Freifallbomben vom Typ B61-12 in Großbritannien auf dem Militärstützpunkt „RAF Lakenheath“ zu stationieren, nachdem dort bereits seit 2008 keine Nuklearwaffen mehr eingelagert worden sind. Die Bomben gehören zum dort vorgehaltenen 493. Luftgeschwader, das den Kampffjet F-35A betreibt.³⁶ Außerdem kündigte die britische Regierung an, 12 Kampfflugzeuge vom Typ F-35A zu bestellen, um perspektivisch wieder eine aktivere Rolle in der nuklearen Teilhabe der NATO zu spielen.³⁷ Deutschland entschied sich nach zähem Ringen um eine Nachfolge für den Tornado-Kampffjet der Bundeswehr im Jahr 2022 dafür, ebenfalls 35 F-35A-Kampfflugzeuge zu beschaffen, um so die nukleare Teilhabe fortsetzen zu können.³⁸ Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) erwägt nun die zusätzliche Beschaffung von 35 weiteren F-35A-Kampffjets.³⁹ Die nukleare Teilhabe der NATO unterliegt damit nicht nur einem Aufwuchs, sondern auch einer größeren Modernisierung

³⁴ UK Government: Northwood Declaration: 10 July 2025 (UK-France joint nuclear statement), <https://www.gov.uk/government/news/northwood-declaration-10-july-2025-uk-france-joint-nuclear-statement>.

³⁵ Vgl. Allard, Léonie: Reading between the lines of the new France-UK nuclear entente, Atlantic Council, 16.07.2025, <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/reading-between-the-lines-of-the-new-france-uk-nuclear-entente/>; The Military Analyst: Impact of the Northwood Declaration on European Security, 11.07.2025, <https://themilitaryanalyst.com/2025/07/11/impact-of-the-northwood-declaration-on-european-security/>.

³⁶ Newdick, Thomas: Major Indications Nuclear Bombs Are Back At USAF Air Base In England, The War Zone (TWZ), 21.07.2025, <https://www.twz.com/air/major-indications-nuclear-bombs-are-back-at-usaf-air-base-in-england> (19.02.2026).

³⁷ Allison, George: Britain to buy 12 stealth nuclear strike aircraft, UK Defence Journal, 25.06.2025, <https://ukdefencejournal.org.uk/britain-to-buy-12-stealth-nuclear-strike-aircraft/> (19.02.2026).

³⁸ BMVg: Sondervermögen: Bundeswehr kann 35 F-35A für rund 8,3 Milliarden Euro kaufen, dies., 14.12.2022, <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/bundeswehr-kann-35-f-35a-fuer-rund-8-3-milliarden-euro-kaufen-5540934> (19.02.2026).

³⁹ Speer, Clemens: Mehr F-35A für die Bundeswehr?, Sicherheit & Verteidigung, 19.02.2026, <https://suv.report/mehr-f-35a-fuer-die-bundeswehr/> (19.02.2026).

in Europa. Modernisierung auch insofern, als dass die USA erst Anfang 2025 die Modernisierungsmaßnahmen für die in der nuklearen Teilhabe eingesetzten B61-Freifallbomben auf dem neuesten Rüststand (Mark 12) abgeschlossen haben.⁴⁰

Gleichzeitig kündigte der designierte Bundeskanzler Friedrich Merz Ende Februar 2025 an, mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron die Möglichkeit einer Beteiligung an den französischen Nuklearstreitkräften zu sondieren.⁴¹ Die erstmals signalisierte Offenheit eines angehenden deutschen Kanzlers für den französischen Vorschlag ist ein Präzedenzfall, welcher der neuen geopolitischen Realität in Europa Rechnung trägt (für die aus diesen Gesprächen hervorgegangene gemeinsame Erklärung vom März 2026 siehe Kapitel 7).

Die nukleare Sicherheit in Europa unterliegt damit großen Veränderungen, deren Fortgang nur schwer abzuschätzen ist. Insofern kann auch die im folgenden Kapitel vorgenommene Einordnung lediglich eine Bestandsaufnahme des gegenwärtigen sicherheitspolitischen Umfeldes abbilden.

6. Diskussion

Obwohl sich geostrategische Implikationen eines solchen Vorhabens nur schwer in ein Pro-Kontra-Schema verengen lassen, soll die argumentative Vielfalt, mit der diese Debatte geführt wird, im Folgenden reflektiert werden. Einige der hier aufgeführten Punkte nehmen aufeinander Bezug und andere ergeben sich aus individuellen Szenarien für die Implementierung. Die folgende Darstellung ist daher weniger um eine systematisierte Methode als vielmehr um einen Überblick bemüht.

6.1 Vorteile

Der französische Nuklearschirm steht bereits

Möchte man den Worten des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron Glauben schenken, so haben die französischen Kernwaffen bereits jetzt, wie er selbst sagt, eine Abschreckungswirkung in Europa. Auch die Idee, dass Frankreichs nationale Sicherheitsinteressen „europäischer Natur“ sind, sind deutliche Anzeichen dafür, dass der französische Schutzschirm, wenn auch nur rudimentär und unverbindlich, bereits aufgespannt ist.⁴² Aus dieser Perspektive bräuchte es, wenn andere europäische Staaten Frankreich tatsächlich um Schutz bitten sollten, im Grunde genommen lediglich eine Formalisierung oder Institutionalisierung. In einer solchen würden dann die Beistands- und die entsprechenden Einsatzumstände der Waffen, die Kommandostruktur, der Besitz und gegebenenfalls auch finanzielle Beteiligungen geklärt werden. Die Hürden für eine Kooperation oder für

⁴⁰ Daolio, Andrea/D'Urso, Stefano: U.S. Completes Upgrade of B61-12 Nuclear Weapons and Prepares Production of B61-13 Warheads, *The Aviationist*, 09.01.2025, <https://theaviationist.com/2025/01/09/b61-12-lep-completed/> (21.07.2025).

⁴¹ Puhl, Detlef: Atomarer Schutzschirm: Frankreichs Führungsanspruch, *Europäische Sicherheit & Technik*, 05.08.2025, <https://esut.de/2025/08/fachbeitraege/61861/atom-schutzschirm-frankreich/> (23.08.2025).

⁴² Vgl. Élysée 2020. Den Tenor dieses Begründungsmusters wiederholte Macron bei einer Rede an einer schwedischen Militärakademie in Stockholm: „Unsere vitalen Interessen sind heute weitgehend europäisch, was uns bei der nuklearen Abschreckung eine spezielle Verantwortung einräumt.“ Siehe dazu unter: <https://www.derstandard.de/story/3000000206425/macron-will-den-atomschirm-ueber-europa-aufspannen> (21.07.2025).

wenigstens intensivere Sondierungen sind gegenwärtig ausgesprochen niedrig. Jedoch muss davon ausgegangen werden, dass das Zeitfenster für Gespräche im Hinblick auf die innenpolitisch angespannte Lage in Frankreich nur von begrenzter Dauer sein dürfte.⁴³

Ein Gegennarrativ: Eine französisch geführte nukleare Abschreckung ist eine sinnvolle Ergänzung zur transatlantischen Abschreckung

Wie im dritten Kapitel bereits angeklungen, schlug das Gesprächsangebot Macrons mitunter auch deshalb fehl, weil von deutscher Seite befürchtet wurde, dass man mit einem solchen Vorstoß auf US-amerikanischer Seite möglicherweise den Eindruck erweckt, ein Konkurrenzmodell zur transatlantisch organisierten nuklearen Abschreckung errichten zu wollen. Dementsprechend verstand man aus Sorge vor einer missverständlichen Wahrnehmung in den USA die kontinentaleuropäischen verteidigungspolitischen Ambitionen als unvereinbar mit der NATO.

Jedoch hat Emmanuel Macron diesen Vorwurf bereits ausgeräumt (s. hierzu Kap. 3). Dass die an einem französischen Nuklearschirm potenziell beteiligten europäischen Staaten kein Interesse an einem „Konkurrenzmodell“ hätten, ließe sich durch eine geschlossene und vertrauensvolle Kommunikation mit Washington klarstellen. In diesem Sinne könnte die europäische Komponente, solange die transatlantischen Beziehungen noch intakt sind, als eine außerinstitutionelle Ergänzung zur Nuklearabschreckung der NATO verstanden werden, die auch zu einer balancierteren Lastenteilung beitragen könnte, etwa dann, wenn die USA dadurch nicht mehr, sofern eines Tages gefordert, zusätzliche Fähigkeiten in Europa zur Verstärkung der vorgeschobenen Abschreckung (*extended deterrence*) aufwenden müssten. Gleichmaßen wäre ein rein europäischer Nuklearschirm eine sekundäre Absicherung⁴⁴, sollte die Glaubwürdigkeit und die Abschreckung der NATO im schlimmsten Fall unter US-Präsident Trump und dem russischen Aggressionsdruck erodieren. Eine französische Abschreckung wäre in diesem Sinne eine genuine Absicherung: Zum einen, weil das französische Arsenal nicht an die NATO gebunden ist. Zum anderen, weil es unabhängig von angloamerikanischer Unterstützung unterhalten, modernisiert und erweitert werden kann.⁴⁵

Dieser Logik folgend sollte eine kontinentale nukleare Abschreckung weniger als ein Exklusivmodell verstanden werden, sondern vielmehr als eines, das auch aus transatlantischer Perspektive ein komplementäres Element nuklearer Rückversicherung ist und damit zur besseren Absicherung Europas insgesamt beiträgt. Gleichmaßen ist es aus europäischer Sicht eine Art Auffangnetz, das verhindert, dass Europa ohne nukleare Abschreckung bleibt, sollte jene der NATO und der USA eines Tages nicht mehr ausreichend wirksam sein.

⁴³ Vgl. Deutschlandfunk: Atomare Abschreckung. Friedensforscher Kühn: gemeinsame europäische Atomwaffen nicht realistisch, dies., 18. Februar 2024, <https://www.deutschlandfunk.de/friedensforscher-kuehn-gemeinsame-europaeische-atomwaffen-nicht-realistisch-100.html> (21.07.2025).

⁴⁴ Vgl. Pflüger, Friedbert: Europäische Sicherheit ohne Amerika. Warum wir Frankreichs Atomangebot ernst nehmen sollten, SPIEGEL-Gastbeitrag, 16. Februar 2024, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/frankreich-warum-wir-das-atom-angebot-fue-r-europa-ernst-nehmen-sollten-a-78e62bc6-4941-4dd5-b52c-fd52d9f13e42> (21.07.2025).

⁴⁵ Vgl. Mills, Claire: The French Nuclear Deterrent. House of Commons, Briefing Paper, Nummer 4079, 20. November 2020, S. 21 f., <https://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/SN04079/SN04079.pdf> (21.07.2025).

Die neue sicherheitspolitische Machtposition Frankreichs in Europa wäre nicht absolut

Eine der vielen möglichen Folgen eines französischen Nuklearschirms für Europa wäre sicherlich eine Verschiebung der Machtbalance zugunsten Frankreichs.⁴⁶ Eine solche Position würde Paris eine nicht zu unterschätzende Gestaltungsmacht auch für andere, die Sicherheit Europas betreffende Fragen einräumen. Ob ein solches Machtgefälle, welches sich grundsätzlich auch auf andere Politikfelder ausweiten ließe, im deutschen Interesse liegt, soll an dieser Stelle nicht Gegenstand der Diskussion sein.

Jedoch ist die Stärke einer möglichen neuen Vormachtstellung Frankreichs von der politisch-technischen Umsetzung abhängig. Würde das französische Arsenal gemeinsam mit der Kontrolle darüber beispielsweise an die EU oder an die NATO abgegeben werden, wäre der machtpolitische Gewinn für Frankreich durch die Kollektivierung eher begrenzt. Würden bilaterale Abkommen mit einzelnen Staaten oder Verträge mit einer „Koalition der Willigen“ abgeschlossen, so würde dies ganz gewiss die französische Hebelwirkung erhöhen. Dennoch sollte in einem solchen Fall berücksichtigt werden, dass dieser Einfluss nur auf der Kompetenzabgabe anderer Staaten basieren würde und diese, sollte Frankreich seine Wirkmacht missbräuchlich einsetzen, die bestehenden Beistandsverträge wieder aufkündigen könnten. Es geht hierbei nicht darum, das Ende eines Szenarios zu skizzieren, bevor es überhaupt erst begonnen hat. Es sollte aber deutlich geworden sein, dass potenzielle Abhängigkeitsverhältnisse keineswegs absolut sein müssen.

Das französische Kernwaffenarsenal ist angemessen

Frankreich verfolgt das Prinzip der „Minimalabschreckung“. Dieser Strategie folgend hat es verglichen mit großen Nuklearmächten wie beispielsweise Russland (mit etwa 4.300 Sprengköpfen insgesamt, etwa 1.500 davon substrategischer Art)⁴⁷ ein recht kleines Arsenal von 290 Sprengköpfen. Dieses ist verteilt auf 48 U-Boot-gestützte ballistische Raketen vom Typ M-51 (ca. 100 Kilotonnen Sprengkraft, was etwa die 7-fache Sprengkraft der Hiroshima-Detonation darstellt). Sie können jeweils zwischen vier und sechs Sprengköpfen tragen und haben eine Reichweite von bis zu 10.000 Kilometern. Hinzu kommen Kampffjets vom Typ „Rafale“ der französischen Marine und Luftwaffe, welche die Kernwaffen mithilfe von etwa 50 bis 60 ASMP-A-Marschflugkörpern (Reichweite: 600 km, circa 300 Kilotonnen Sprengkraft) verbringen können.⁴⁸

Das französische Nuklearwaffenarsenal ist damit zwar recht überschaubar, jedoch sind die U-Boot-gestützten Interkontinentalraketen vorrangig als *Counterforce*-Wirkmittel zu verstehen, die darauf abzielen, die landbasierten Nuklearkapazitäten (Raketensilos, unter Umständen auch auf Straßen verlegbare Startplattformen) des Gegners zu bedrohen und im Ernstfall auszuschalten. Die Marschflugkörper hingegen haben eine „variable Sprengkraft“ (*dial-a-yield*) zwischen 100 und 300 Kilotonnen. Dieser Aspekt und deren luftbewegliche Verbringung ermöglichen einen Einsatz, um weitere zentrale militärische Einrichtungen im Bedarfsfall

⁴⁶ Vgl. Belousova, Katja: Trumps Nato-Drohung. Wie realistisch ist eine Atommacht EU?, Interview mit Dr. Liviu Horovitz (SWP, Berlin), zdfheute, 13. Februar 2024, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/eu-atomwaffen-arsenal-trump-drohung-usa-nato-100.html> (21.07.2025).

⁴⁷ Vgl. Kristensen, Hans M./Korda, Matt/Johns, Eliana/Knight, Mackenzie: Russian nuclear weapons, 2025, in: Bulletin of the Atomic Scientists, Volume 81, 2025 – Issue 3, pp. 208-237 (209); vgl. Kristensen, Hans: Is The Pentagon Exaggerating Russian Tactical Nuclear Weapons?, Forbes, 7. Mai 2019, <https://www.forbes.com/sites/hanskristensen/2019/05/07/russian-tactical-nuclear-weapons/?sh=683e957a2d79> (21.07.2025).

⁴⁸ Vgl. Kristensen, Hans M./Korda, Matt/Johns, Eliana/Knight-Boyle, Mackenzie: French nuclear weapons, 2025, in: Bulletin of the Atomic Scientists, Volume 81, 2025 – Issue 4, pp. 313-326 (314); vgl. auch Mills 2020, S. 21 f.

auszuschalten, sie als taktische Gefechtsfeldwaffe einzusetzen oder um *Countervalue*s zu bekämpfen, sprich zivile Zentren (z. B. Großstädte) zu treffen. Die Einsatzszenarien und die strategische Handlungsfreiheit sind damit sehr wohl in begrenztem Umfang skalierbar. Vor allem vor dem Hintergrund der im Rahmen der nuklearen Teilhabe etwa 100 eingelagerten US-Atombomben vom Typ B-61 in Europa, die sich etwa 1.500 taktischen Nuklearwaffen Russlands gegenübersehen. Die B61-Atombomben besitzen eine variable Sprengkraft von 10 bis 360 Kilotonnen.⁴⁹ Das französische Arsenal kann daher nicht das US-amerikanische Arsenal ersetzen, sich aber im substrategischen Bereich sehr wohl mit der Art und der Anzahl der vorgelagerten US-Atomwaffen – im Rahmen der nuklearen Teilhabe – messen.

Diese Vergleiche sind selbstverständlich spekulativer Natur, sollen aber aufzeigen, dass das französische Atomwaffenarsenal in Bezug auf seine Einsatzmöglichkeiten ähnlich veritabel ist wie die bereits praktizierte nukleare Teilhabe.⁵⁰ Zudem ist Frankreich durchaus in der Lage, je nach Erfordernissen, einen nuklearen Fähigkeitsaufwuchs selbstständig aus eigener Produktion, wenngleich zu hohen Kosten und verbunden mit einer gewissen Entwicklungsdauer, zu realisieren. Schließlich sollte noch angemerkt werden, dass eine französische Abschreckung für Europa – angesichts der russischen Bedrohung – als eine in erster Linie regional angelegte verstanden werden sollte und nur nachrangig als eine globale.

Die gegenwärtige Debatte ist (k)eine rein westeuropäische (mehr)

Bereits im Jahr 2020 stand für viele Staaten Mittel- und Osteuropas eine europäische Abschreckungslösung nicht zur Debatte, da dort die von Donald Trump ausgehende Gefahr für die Glaubwürdigkeit des Bündnisses als geringer eingeschätzt wurde als in Teilen Westeuropas. Außerdem schien das Vertrauen in Paris als Abschreckungsgarant aufgrund dessen europapolitischer Führungsaspiration nur unzureichend gewesen zu sein.⁵¹ Im Angesicht des neuen transatlantischen Verhältnisses bekundeten die baltischen Staaten und Polen im Frühjahr 2025 allerdings Interesse an dem Vorschlag Macrons zu Gesprächen über eine europäische Nuklearabschreckung.⁵² Ob sich dieses Interesse auch in politische Lösungen übersetzen lässt, bleibt vorerst abzuwarten.

⁴⁹ Vgl. Department of Defense, Fact Sheet on B61 Variant Development, S. 1, 27. Oktober 2023, <https://media.defense.gov/2023/Oct/27/2003329624/-1/-1/1/B61-13-FACT-SHEET.PDF> (21.07.2025). Vgl. auch Kristensen, Hans M.: B61-12: The New Guided Standoff Nuclear Bomb, Federation of American Scientists, S. 3, Mai 2014, https://programs.fas.org/ssp/nukes/publications1/Brief2014_PREPCOM2.pdf (18.02.2024).

⁵⁰ Diese These steht im Gegensatz zu einer Aussage von Nuklearexpertin Lydia Wachs. Siehe hierzu unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/europa-deutschland-abschreckung-100.html> (21.07.2025).

⁵¹ Vgl. Overhaus, Marco: Eine Frage der Glaubwürdigkeit. Konventionelle und nukleare Sicherheitszusagen der USA in Europa, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), SWP-Studie 15, Juni 2019, Berlin, S. 1-39 (36), https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2019S15_ovs.pdf (21.07.2025); vgl. Meier 2020, S. 80.

⁵² Corbet, Sylvie: Poland and Baltic nations welcome Macron's nuclear deterrent proposal, Associated Press (AP), World News, 06.03.2025, <https://apnews.com/article/france-nuclear-deterrent-umbrella-russia-55e91ab65d13559dfe55dfe376ba5268> (19.02.2026).

6.2 Nachteile

Eine rein europäische nukleare Abschreckung stört die Integrität des transatlantischen Bündnisses

Die NATO bietet der Bundesrepublik Deutschland heutzutage neben ihrem technisch-militärischen Nutzen auch eine privilegierte Möglichkeit, um ihre bilateralen Beziehungen mit den USA zu gestalten. Damit gewinnt die transatlantische Sicherheitsordnung zusätzlich zu der formalen Relevanz ihrer Sicherheitszusagen an politischer Bedeutung.⁵³ Die Partizipation im Rahmen der nuklearen Teilhabe verschafft Deutschland nicht nur ein Mitspracherecht in der NPG, sondern auch eine besondere Position als enger Verbündeter der Vereinigten Staaten von Amerika.⁵⁴ Dies war auch der Grund für die Absage an Macrons „strategischen Dialog“ von 2020: Deutschland konnte es sich nicht leisten, bei der Planung einer europäischen Abschreckung von den USA missverstanden zu werden.

Die Frage danach, ob ein französischer Nuklearschirm für Europa eine „sinnvolle Ergänzung“ wäre, wie in Kapitel 6.1 suggeriert, oder doch eher als ein Konkurrenzmodell zu der transatlantischen Abschreckung der NATO betrachtet werden muss, ist eine, die vom jeweiligen *Framing* abhängig ist. Unstrittig ist aber, dass ein zweiter – zusätzlicher – Nuklearschirm für Europa unweigerlich mit einem Bedeutungsverlust für den heute noch geltenden Monopolstatus des „NATO-Schirms“ einhergeht. Dieser Aspekt, gepaart mit der Unsicherheit über die US-amerikanische Reaktion, birgt große Gefahrenpotenziale für die Stabilität der Atlantischen Allianz. Eine hieraus hervorgehende Schwächung der NATO und der Beziehung zu den USA wird die Bundesregierung unter allen Umständen vermeiden wollen. Hinzu kommt die Ungewissheit, ob Donald Trump mit der NATO – zumindest perspektivisch – tatsächlich brechen wird.⁵⁵ Es sind eben genau diese Ungewissheiten, die infrage stellen, ob es sich langfristig überhaupt „lohnt“, eine zweite – von Frankreich angeführte – Abschreckung einzurichten, wenn die NATO für die Bundesrepublik *too good to fail* ist.

Die Implementierungsoptionen sind zu vage

In diesem Beitrag sind bereits verschiedenste Operationalisierungsszenarien diskutiert worden. Jedoch erscheint kaum eines von ihnen kurz- oder mittelfristig einfach lösbar. So sollte nicht davon ausgegangen werden, dass Frankreich bereit ist, seine atomare Unabhängigkeit durch einen Eintritt in die NPG aufzugeben. Ebenso hoch dürften die Souveränitätsvorbehalte bei einer Vergemeinschaftung des Arsenal mit der EU sein. Dennoch hat sich im Jahr 2024 die Anregung von Katarina Barley, Vizepräsidentin des Europaparlaments, die EU sollte eigene

⁵³ Vgl. Major, Claudia: A Committed but Challenging Ally: France's NATO Policy, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), in: Kempin, Ronja (ed.), France's Foreign and Security Policy under President Macron: The Consequences for Franco-German Cooperation, SWP Research Paper 4, May 2021, Berlin, S. 35-41 (35 ff.), https://www.swp-berlin.org/publications/products/research_papers/2021RP04_PolicyUnderMacron_DASEP.pdf (21.07.2025).

⁵⁴ Vgl. Onderco, Michal/Smetana, Michal: German views on US nuclear weapons in Europe: public and elite perspectives, in: European Security, 30 (4), 2021, S. 630-648 (634). Siehe dazu unter folgendem Link: <https://www.tandfonline.com/doi/epdf/10.1080/09662839.2021.1941896?needAccess=true>.

⁵⁵ Vgl. Rüesch, Andreas: Das Atom-Phantom geht um – und es führt Europa auf einen teuren Irrweg, Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Kommentar, 16. Februar 2024, <https://www.nzz.ch/meinung/ein-neuer-atomwaffen-schirm-fuer-europa-das-waer-ein-teurer-irrweg-ld.1814339?reduced=true> (21.07.2025).

Nuklearwaffen besitzen, schnell verbreitet.⁵⁶ Auch wenn die EU den französischen Interessen noch am ehesten gelegen wäre, gibt es doch erhebliche Zweifel an ihrer Fähigkeit, eine eigenständige Abschreckungsstrategie zu entwickeln oder eine effektive Kommandokette zur Handhabung dieser Waffen zu integrieren.⁵⁷ Sollte andererseits geplant werden, ein Modell ähnlich der nuklearen Teilhabe einzuführen, bei dem deutsche Flugzeuge im Ernstfall französische Nuklearwaffen verbringen würden, so müssten die französischen ASMP-A-Marschflugkörper bzw. deren modernisierte Nachfolger ASMP-R, sofern technisch überhaupt praktikabel, für die F-35-Kampffjets oder den *Eurofighter Typhoon* zertifiziert werden. Dieser Prozess würde nicht nur mehrere Jahre in Anspruch nehmen, sondern möglicherweise auch durch rüstungspolitische Blockaden erschwert werden.⁵⁸ Auch wenn es sich hierbei naturgemäß um Spekulationen handelt, muss davon ausgegangen werden, dass keiner der thematisierten Wege zur europäischen „Handhabarmachung“ der französischen Kernwaffen in kurzer Zeit oder mit garantierter Aussicht auf Erfolg beschritten werden kann.⁵⁹

Deutschland hat sich mit der Beschaffung der F-35-Kampfflugzeuge auf die nukleare Teilhabe der NATO festgelegt

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2023 regte Macron erneut Gespräche über die Rolle französischer Nuklearwaffen für Europa an. Eine Antwort von der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock folgte schnell: Sie verwies auf die bereits erfolgte Beschaffung der F-35-Kampffjets für die Fortsetzung der nuklearen Teilhabe und auf das im Allgemeinen hohe deutsche sicherheitspolitische Engagement im Rahmen der EU und der NATO zur Sicherung Europas.⁶⁰ Die Beschaffung der F-35-Kampfflugzeuge ist *per se* kein Ausschlusskriterium für einen französischen Nuklearschirm.

Doch zeigt die Ablehnung Baerbocks insbesondere eines: Die Entscheidung für den Kauf der F-35-Kampffjets war eine richtungsweisende und symbolpolitische Festlegung der damaligen Bundesregierung. Angesichts der hohen Beschaffungskosten von rund 8,3 Milliarden Euro⁶¹ und dem langen politischen Ringen – nicht bloß um die Nachfolge des Tornado-Kampffjets, sondern auch überhaupt um die Fortsetzung der nuklearen Teilhabe (und der Nichtratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrages)⁶² – scheint die Entscheidung für die nukleare Abschreckung der NATO nur allzu verbindlich und alternativlos zu sein.

⁵⁶ Vgl. Witting 2024.

⁵⁷ Vgl. ebd.; vgl. Belousova 2024.

⁵⁸ Für einen beispielhaften Einblick in die technisch-politische Komplexität eines solchen Zertifizierungsverfahrens siehe den Reuters-Beitrag „Germany presses U.S. on potential Eurofighter nuclear role“ vom 20. Juni 2018 von Andrea Shalal unter: <https://www.reuters.com/article/us-germany-military-fighter-idUSKBN1JG1J4/> (21.07.2025).

⁵⁹ Die potenziell am meisten Erfolg versprechende Variante wäre die einer Kofinanzierung. Eine solche wäre politisch relativ ein fach zu bewerkstelligen, rechtlich unbedenklich und weniger zeitintensiv. Für eine rechtliche Einschätzung einer Kofinanzierung siehe: <https://www.bundestag.de/resource/blob/513080/c9a903735d5ea334181c2f946d2cf8a2/wd-2-013-17-pdf-data.pdf> (21.07.2025).

⁶⁰ Vgl. SPIEGEL: Vorschlag von Macron. Atomare Abschreckung in der EU? Baerbock reagiert zurückhaltend, dies., 20. Februar 2023, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/annalena-baerbock-aeussert-sich-zurueckhaltend-zu-macron-vorschlag-fuer-atomare-abschreckung-a-078e1d0e-1904-451f-b081-496a05de5273> (21.07.2025).

⁶¹ Vgl. Lenz, Björn: Sondervermögen: Bundeswehr kann 35 F-35A für rund 8,3 Milliarden Euro kaufen. BMVg, 14. Dezember 2022, <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/bundeswehr-kann-35-f-35a-fuer-rund-8-3-milliarden-euro-kaufen-5540934> (21.07.2025).

⁶² Vgl. Fuhrhop, Pia/Kühn, Ulrich/Meier, Oliver: Creating an Opportunity to Withdraw U.S. Nuclear Weapons From Europe, Oktober 2020, <https://www.armscontrol.org/act/2020-10/features/creating-opportunity-withdraw-us-nuclear-weapons-europe> (21.07.2025).

Mit den Überlegungen der deutschen Regierung, weitere F-35-Kampfflugzeuge zu beschaffen, demonstriert die Bundesrepublik erneut ihre Loyalität gegenüber der nuklearen Teilhabe und den USA. Die zusätzliche Kaufabsicht könnte, neben operativen Bedarfen, auch als politischer Besänftigungsversuch Washingtons verstanden werden, während die deutsch-französischen Gespräche über die Rolle der französischen Nuklearwaffen für Europa noch andauern. Auf diese Weise ließe sich die frühere – auf deutscher Seite wahrgenommene – Unvereinbarkeit von europäischem und US-amerikanischem Nuklearschirm sinnvoll austarieren.

7. Fazit

Das erklärte Ziel dieses Beitrages war es, die eine gewisse Dauerhaftigkeit aufweisende Debatte über eine europäische Nuklearabschreckung mithilfe Frankreichs zu kontextualisieren und zu diskutieren.

Der Gravitationspunkt der hier präsentierten Diskussion war die übergeordnete Frage einer kontinentalen oder transatlantischen Sicherheitsarchitektur. In dieser Debatte wurden insgesamt zwei Narrative identifiziert: eines der „sinnvollen Ergänzung“ (s. Kap. 6.1) und ein weiteres des „Konkurrenzmodells“ (s. Kap. 6.2). Jedoch ist die Frage eines französischen *Eurodeterrent*⁶³ keineswegs auf diese Zweidimensionalität begrenzt. Vielmehr sind beispielsweise technische Aspekte wie die Größe von Frankreichs Nukleararsenal oder rüstungspolitische Entscheidungen der Bundesregierung für die nukleare Teilhabe jeweils gewichtige Pro- und Kontra-Argumente. Auch die Konsequenzen eines machtpolitischen Gewinns und eines fehlenden Vertrauens in Frankreich wurden als mögliche Einflussfaktoren genannt.

Eine erschöpfende Aufarbeitung der Gesamtheit dieser Debatte konnte aber auch in diesem Fall nicht geleistet werden. So wurden mögliche zukünftige Wechseldynamiken für die strategische Stabilität mit Russland nicht erläutert. Auch eine dezidiertere Betrachtung der potenziellen Rolle, die Großbritannien als zweite europäische Atommacht (und allianzpolitisches Gegenstück zu Frankreich als Mitglied der NPG und nicht mehr der EU) bei all diesen Erwägungen zukommen könnte, wurde nicht reflektiert. Zudem wurde die Möglichkeit einer rein konventionell gestützten Abschreckung, die sowohl offensive (z. B. Abstandswaffen für Präzisionsschläge in der Tiefe) als auch defensive Elemente (z. B. territoriale Flugkörperabwehr) beinhaltet, nicht diskutiert. Eine letzte und grundsätzlichere Auslassung ist die Debatte darüber, ob es in der gegenwärtigen Situation tatsächlich einer neuen oder potenteren nuklearen Abschreckung bedarf. Eine solche Diskussion sollte kritisch und ergebnisoffen – unter Einbeziehung der Parlamente und der Zivilgesellschaften – geführt werden.⁶⁴

Im Februar 2026 bestätigte Bundeskanzler Friedrich Merz erneut, dass Sondierungsgespräche mit Frankreich laufen und dass ein Austritt aus der nuklearen Teilhabe der NATO oder ein Bruch mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag bzw. dem Atomwaffensperrvertrag ausgeschlossen bleibt. Gleichwohl zeigte er sich offen für eine

⁶³ Der Begriff „Eurodeterrent“ stammt von Meier, Oliver: Why Germany won't build its own nuclear weapons and remains skeptical of a Eurodeterrent, in: Bulletin of the Atomic Scientists, 76 (2), 2020, S. 76-84.

⁶⁴ Für eine umfangreichere Betrachtung der Möglichkeiten für eine europäische nukleare Sicherheit vgl. Bunde, Tobias/Davis, James W./Major, Claudia et al.: Mind the Deterrence Gap: Assessing Europe's Nuclear Options, Report of the European Nuclear Study Group, Munich Security Conference (MSC), Februar 2026, https://securityconference.org/assets/02_Dokumente/01_Publikationen/2026/ENSG/Mind_the_Deterrence_Gap%E2%80%93Report_of_the_ENSG.pdf (19.02.2026).

Ausweitung der Teilhabe auf britische und französische Nuklearwaffen. Sollte ein solcher Weg beschritten werden, so würde dies drei größere Herausforderungen mit sich bringen: *Erstens*, für den Fall, dass Deutschland ausschließlich die NATO-Teilhabe ausweiten würde, müsste Frankreich der NPG beitreten. *Zweitens*: Zu den damit einhergehenden rüstungspolitischen Herausforderungen (s. dazu Kap. 6.2) kommt überdies ein weiterer Punkt hinzu, dass nämlich Großbritannien derzeit keine Nuklearwaffen besitzt, die per Flugzeug verbracht werden könnten. Sollte London tatsächlich anstreben, eine solche Befähigung zu erlangen, so wäre dies mit erheblichen Entwicklungskosten und mit einer gewissen Vorlaufzeit verbunden.⁶⁵ Bei seiner Grundsatzrede zur französischen Nuklearabschreckung am 2. März 2026 erklärte der französische Staatschef Emmanuel Macron, dass sein Land in Zukunft die Anzahl der Nuklearsprengköpfe auf eine unbestimmte Anzahl erhöhen werde und er persönlich offen für ein vorgeschobenes Abschreckungskonzept (*extended deterrence*) sei, bei dem französische Flugzeuge als Atomwaffenträger in anderen europäischen Staaten stationiert werden könnten. Die Einsatzautorität verbleibt jedoch beim französischen Staatspräsidenten. Macron stellte seinerseits klar, dass die französischen Sicherheitsinteressen eine europäische Dimension hätten, die betreffenden Maßnahmen die europäische Sicherheit und Stabilität stärken und einen ergänzenden Beitrag zur euroatlantischen Sicherheit leisten würden – zumindest keinen, welcher der NATO entgegenstünde.⁶⁶ Neben dieser Rede wurde ebenfalls eine deutsch-französische Erklärung veröffentlicht, die eine bilaterale Steuerungsgruppe vorsieht. Diese soll ein Forum bieten, um die gemeinsame konventionelle und nukleare Abschreckungskonzeption besser aufeinander abzustimmen und um doktrinäre Erwägungen miteinander diskutieren zu können. Außerdem wird Deutschland mit konventionellen Beiträgen an französischen Nuklearübungen und anderweitigen Austauschprogrammen teilnehmen. Als letztes Handlungsfeld benennt die zuvor genannte Erklärung die Bemühungen beider Seiten, die eigenen Fähigkeiten in den Bereichen „satellitengestützte Frühwarnerkennung“, „Flugabwehr“ und „Präzisionsschläge in der Tiefe“ stärken zu wollen.⁶⁷

Diese Entwicklung kann vorerst als die Institutionalisierung des von Macron angestrebten strategischen Dialogs verstanden werden. Gleichmaßen ist die in Rede stehende bilaterale Erklärung wegweisend für die zukünftige Ausgestaltung der nuklearen Sicherheit in Europa und umgekehrt als deutsch-französische Ergänzung zur britisch-französischen *Northwood Declaration* zu verstehen. Damit entsteht eine Reihe von Absichtserklärungen, welche die „E3“ (sprich: Deutschland, Frankreich und Großbritannien) zu einer neuen Konstellation von Sicherheitsgaranten für Europa avancieren lässt.

Ob über diese Ankündigungen und Erklärungen hinaus ein künftiger europäischer „Nuklearschirm“, der Schutzgarantien, eine gemeinsame operationelle Durchführung und gegebenenfalls noch eine geteilte

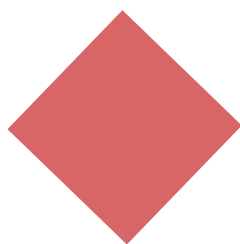
⁶⁵ Vgl. Deutschlandfunk: Merz schließt eigene atomare Bewaffnung Deutschlands aus, befürwortet aber mögliche Ausweitung der nuklearen Teilhabe, 18. Februar 2026, <https://www.deutschlandfunk.de/merz-schliesst-eigene-atomare-bewaffnung-deutschlands-aus-befuervortet-aber-moegliche-ausweitung-der-100.html> (19.02.2026). In einer offensichtlichen Verwechslung fügte Friedrich Merz im gleichen Zuge hinzu, dass sich eine nukleare Teilhabe mit Frankreich nur schwer gestalten ließe, da Frankreich ausschließlich über eine U-Boot-gestützte und keine luftgestützte Abschreckung verfügt. Wie bereits dargelegt: Großbritannien fehlt die Möglichkeit zur luftbeweglichen Verbringung, Frankreich hingegen hat eine. Dass der Bundeskanzler daher eine nukleare Teilhabe mit luftgestützten britischen Nuklearsprengköpfen als schwer umsetzbar einordnet, sollte angesichts der spekulativen Natur des Interviews nicht als ein kategorisches „Nein“ verstanden werden. Sehr wohl ist es aber ein Indiz dafür, dass die deutschen Überlegungen und Gespräche über die konkrete Ausgestaltung der europäischen nuklearen Sicherheit noch ganz am Anfang stehen.

⁶⁶ Vgl. Rose, Michel: France to boost nuclear arsenal, involve European allies in deterrence, 2. März 2026, <https://www.reuters.com/world/europe/macron-says-france-will-increase-size-its-nuclear-arsenal-2026-03-02/> (02.03.2026).

⁶⁷ Élysée: Joint declaration of President Macron and Chancellor Merz, 2. März 2026, <https://www.elysee.fr/en/emmanuel-macron/2026/03/02/joint-declaration-of-president-macron-and-chancellor-merz> (02.03.2026).

Einsatzautorität vorsieht, Erfolg versprechend ist, lässt sich nur schwer vorhersagen. Gleichwohl sind die jüngsten politischen Signale durchaus ermutigend und die aktuellen geopolitischen Rahmenbedingungen günstig, um eine weiterführende Integration im Bereich der Nuklearabschreckung zu erreichen.

Auch wenn die Frage einer europäischen Nuklearabschreckung mithilfe Frankreichs primär eine sachpolitische Frage ist, so kanalisieren sich in ihr doch die großen Triebkräfte der euroatlantischen Sicherheitsarchitektur sowie nationalstaatliche Perzeptionen und daraus hervorgehende Zielkonflikte. Sie avanciert damit auch zu einem Symptom der europäischen Strategiefähigkeit.



Anton Hahn,
u. a. Mitglied und Autor der KFIBS-
Forschungsgruppe „Sicherheitspolitik/
Sicherheitsforschung“
Kontakt: anton.hahn@kfibs.org
Webseite: <https://kfibs.org/ueber-uns/autorinnen-mitglieder/anton-hahn-b-a-master-student/>

© Kölner Forum für Internationale
Beziehungen und Sicherheitspolitik e. V.
(KFIBS)

Diese KFIBS-Analyse gibt ausschließlich die
Meinung des Autors wieder.

KFIBS e. V.
Kölner Forum für Internationale
Beziehungen und Sicherheitspolitik,
eingetragener Verein

Alle Bilder wurden mit DALL-E erzeugt, einem
von OpenAI entwickelten KI-Modell zur
Bilderzeugung. Die Bilder wurden auf der
Grundlage spezifischer Eingabe-
aufforderungen für die KI erstellt, um die
Analyse und die Diskussion in diesem Paper
visuell zu unterstützen und zu verbessern.

Verantwortlich für Layout und Design:
Dr. Jakob Schwörer

Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e. V. (KFIBS)
Balthasar-Neumann-Platz 24G, D-50321 Brühl (Rhld.)
Tel.: +49 (0)2232 760469 E-Mail: info@kfibs.org Website: <https://kfibs.org>

